

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Umwelt und Planung
am Mittwoch, dem 27.05.2020, im Sparkassenforum, Freckenhorster
Str. 65, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:15 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	EEA-Arbeitsprogramm 065/2020	6
3.	Wald im Kreis Warendorf 113/2020	9
4.	Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen 122/2020	11
5.	Sachstandsbericht zur Optimierung der vorhandenen Service-/Beschwerdestelle 073/2020	12
6.	Anpassung Linienbündel 071/2020	14
7.	Vergabe Linienbündel WAF 2, 3, 5 und 7 – Delegationsvereinbarungen 070/2020	15
8.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2022 072/2020	16
9.	3. Änderungssatzung zur Satzung „Allgemeine Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW“ 077/2020	17

10.	Antrag auf Förderung des MobiTickets 2021	076/2020	18
11.	Satzungsänderung ZVM	074/2020	19
12.	Sachstandsbericht zum 365 €-Ticket	067/2020	20
13.	Wasserschutzgebietsverordnung Ostbevern	112/2020	21
14.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Harmonisierung der Ticket-Preise für Schüler*innen	118/2020	22
	Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zu den neuen Regelungen der StVO		23
	Anfrage der Kreistagsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zu Corona-Infektionen in Schlachtbetrieben		23
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Kauf der Krumtünger Entsorgung GmbH (KEG) Anteile durch die AWG Kommunal	057/2020	
2.	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag Regionalverkehr Münsterland GmbH	066/2020	

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	
Dufhues, Hannelore	
Grap, Valeska	Vertreterin für Frau Tarner
Gutsche, Guido	Vertreter für Herrn Berkhoff
Hamann, Maria	
Kreft, Peter	
Lepper, Martin	
Maschelski, Sophia	
Mindermann, Ursula	
Multermann, Joachim	Vertreter für Herrn Dr. Blex
Ommen, Detlef	
Poppenberg, Bernhard	
Richter, Konrad	
Schmedding, Josef	
Schulte, Stephan	
Stumpenhorst, Lothar	
Tegelkämper, Paul	
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Brennecke, Edda	
Hackelbusch, André	
Kalthoff, Manuela	
Klausmeier, Brigitte	
Puppe, Daniela	
Richter, Marcel	
Terwey, Martin	
Gäste	
Henke, Martina	
Meschede, Andreas	
Südmersen, Helmut	
Tippkötter, Reiner	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Berkhoff, Henrich	Vertretung durch Herrn Gutsche
Blex, Christian, Dr.	Vertretung durch Herrn Multermann
Heringloh-Poll, Norbert	
Tarner, Hedwig	Vertretung durch Frau Grap

Der Vorsitzende, Herr Ommen, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Planung form- und fristgerecht mit der Einladung vom 15.05.2020 erfolgt ist.

Herr Ommen weist auf die zwei Anfragen der Kreistagsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ hin. Die Verwaltung beantwortet die Fragen nach TOP 14 des öffentlichen Teils der Sitzung.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

2. EEA-Arbeitsprogramm

065/2020

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ommen, begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Tippkötter von der energielenker GmbH.

Herr Hackelbusch führt zunächst in das Thema ein und erteilt dann Herrn Tippkötter das Wort.

Dieser begrüßt die Anwesenden und erklärt den Prozess der Rezertifizierung zum Ende des Jahres. Er erläutert anhand der Power Point Präsentation, dass es sich beim eea (European Energy Award) um einen Strategieprozess handelt, der darstellt, was bisher gemacht wurde und in Zukunft gemacht werden soll. Die fachübergreifende Arbeit in der Verwaltung wird herausgestellt. Insbesondere im Münsterland wird das Thema sehr ernsthaft verfolgt und der Kreis Warendorf ist im Jahr 2007 als Vorreiter und Modell-Kreis gestartet. In den Jahren 2012 und 2016 wurde der Goldstatus erreicht. Dieser wird auch in diesem Jahr wieder angestrebt.

In der Summe handelt es sich um 51 Maßnahmen zu unterschiedlichen Themenfeldern. Um erneut den Goldstatus zu erreichen, muss der Kreis Warendorf Vorreiter und Vordenker sein. Empfehlenswert ist die Suche nach einigen „Leuchtturmprojekten“, die als Modellprojekt für andere dienen können. Herr Tippkötter macht deutlich, dass eine Standardumsetzung nicht zum Ziel führen wird. Um den Status wiederzuerlangen braucht es ambitionierte Ziele. Des Weiteren erklärt er, dass die AWG 5 – 6 eigene Maßnahmen durchführt, die ausschließlich in deren Hand liegen.

Zum Schluss seiner Präsentation erklärt Herr Tippkötter, dass das Auditierungsprogramm aufgrund der Corona-Krise von Juni 2020 auf November/Dezember 2020 verschoben wurde.

Herr Ommen bedankt sich bei Herrn Tippkötter.

Herr Schmedding, CDU-Fraktion, bedankt sich ebenfalls und stellt die Wichtigkeit der Fortsetzung des Prozesses heraus. Er regt an, dass sich der Kreis weiter dem Wettbewerb mit anderen Kommunen und Kreisen stellen soll und dieser somit auch Profiteur durch die Weiterentwicklung sein wird. Außerdem sollte künftig die Begeisterung für diesen Prozess geweckt werden.

Frau Grap hebt hervor, dass die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ den Prozess weiterhin unterstützt und ist der Meinung, dass dem Thema „Liegenschaften“ eine zu große Bedeutung zukommt. Sie würde Themen, wie die Verlängerung des Rad-schnellweges von Hamm nach Ahlen bevorzugen.

Herr Terwey erwidert, dass der Wunsch bekannt ist. Seitens der Stadt Ahlen ist aber bisher niemand an den Kreis herangetreten. Da noch kein Trassenvorschlag vorliegt, ist auch nicht bekannt, ob Kreisstraßen betroffen sind.

Herr Hackelbusch erklärt, dass zunächst in der Stadtregion Münster fünf Routen priorisiert wurden. Um schneller voran zu kommen, werden nun alle 13 Routen parallel

geprüft. Die Grundstücksverhandlungen mit den Eigentümern stellen sich jedoch häufig sehr schwierig dar. Er stellt den Ausschussmitgliedern einen Sachstandsbericht im kommenden Jahr in Aussicht.

Außerdem teilt er mit, dass der Kreis Warendorf immer bestrebt ist, die entsprechenden Fördermittel abzugreifen. Hier gilt zu beachten, dass der Fördertopf für Straßenerneuerungen ein deutlich größeres Finanzvolumen umfasst als der Fördertopf „Nahmobilität“. Daher gilt es über diese Wege Mittel zu generieren.

Herr Terwey ergänzt, dass das kreisweite Radwegekonzept 174 Kilometer umfasst. Der Großteil der geplanten Velo-Routen führt an Bundes- und Landstraßen entlang. Hier besteht nur die Möglichkeit, dass der Kreis Warendorf auf den Landesbetrieb Straßen NRW einwirkt, damit eine Umsetzung erfolgt. Es handelt sich um langfristige Projekte, bei denen man kontinuierlich am Ball bleiben muss.

Frau Grap bittet um eine Erläuterung zum Thema „Klimafolgenanpassung“.

Herr Tippkötter erklärt, dass es sich beispielsweise um den Hochwasser- und Starkregenschutz handelt. Hier gilt es nicht nur die Kommunen und den Kreis, sondern auch das gesamte Land NRW im Blick zu behalten.

Frau Mindermann, Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“, erkundigt sich nach der Beteiligung der Kommunen am Stadtradeln und dem Sachstand zum E-Ticketing.

Herr Terwey führt aus, dass sich alle 13 Kommunen beteiligen wollten, aufgrund der Corona-Krise, aber viele abgesagt hätten. Daher wird die Aktion auf das kommende Jahr verschoben. Aktuell gibt es nur die AOK-Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“.

Zum Thema E-Ticketing führt Herr Terwey aus, dass sich die Umsetzung im ländlichen Raum als schwierig darstellt, da jede Fahrt mit Einstieg und Ausstieg digital erfasst werden und am Ende des Monats abgerechnet werden muss. Für die Stadt Münster stellt sich die Situation insgesamt einfacher dar. Dennoch bereiten sich die Kreise ebenfalls vor.

Herr Ommen hebt hervor, dass eine münsterlandweite Einführung des E-Tickets angestrebt werden soll. Hierzu ist die Einführung eines gemeinsamen Systems wichtig.

Herr Hackelbusch weist auf das Projekt „KlimaSicher“ im Rahmen der Klimafolgenanpassung für Gewerbegebiete hin. Initiiert von dem Kreis Soest ist der Kreis Warendorf ein Projektpartner des rund 27 Monate laufenden Projektes. Innerhalb dieser Zeit sollen Instrumente entwickelt werden, um Gewerbetreibende für das Thema der Klimawandelfolgenanpassung zu sensibilisieren. In einem ersten Schritt sollen mit der RWTH Aachen – Lehrstuhl für Stadtbauwesen – für definierte Gewerbegebiete sogenannte Vulnerabilitätsanalysen durchgeführt werden (z.B. Starkregen). Im weiteren Verlauf soll dann gemeinsam mit der TU Dortmund – Lehrstuhl Marketing – ein Ansprachekonzept entwickelt werden, mit dessen Hilfe auf betroffene – vulnerable – Unternehmen zugegangen werden soll.

Daraufhin erkundigt sich Frau Mindermann nach dem Online-Portal „EnergieLand WAF“. Herr Richter, Klimaschutzmanager des Kreises Warendorf erläutert, dass es sich um ein KEP-Projekt handelt, die Umsetzung jedoch noch nicht erfolgt ist.

Herr Lepper, beratendes Mitglied der „Piraten“, betont, dass dieses als Lückenschluss zu den anderen Maßnahmen fehlt.

Herr Tippkötter stellt heraus, dass die Zielerreichung von 83 Prozent im Jahr 2016 ein hervorragendes Ergebnis war. Um den Goldstatus zu behalten, muss der Kreis weiterhin Vorreiter sein. Hierzu müssen entsprechende eigene oder Netzwerk-Ressourcen vorhanden sein. Es gilt zu beachten, dass es Geld kostet so ein hohes Niveau zu halten und gute Projekte umzusetzen. Projekte, wie zum Beispiel das „E-Land“, müssen publik gemacht werden.

Herr Kreft, SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion im eea-Projekt immer aktiv war und dieses weiterhin unterstützen wird.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss stimmt dem vorgelegten Arbeitsprogramm zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

3. Wald im Kreis Warendorf

113/2020

Herr Ommen begrüßt Frau Puppe, die Leiterin der unteren Naturschutzbehörde.

Frau Puppe erklärt, dass das Thema Waldmehrung ein vielfach gewünschtes Klimaziel ist. Hier gilt jedoch zu beachten, dass der Landesbetrieb Wald und Holz vorrangig zuständig ist. Dort sind die umfangreichen Fördermöglichkeiten sehr gut bekannt.

Bei einer Veranstaltung der Städte und Gemeinden zum Klimaschutz wurde der Wunsch an die Kreisverwaltung herangetragen, eine Infoveranstaltung zum Thema „Wald“ durchzuführen. Bisher war dieses aufgrund der Corona-Situation nicht möglich.

Vorschlag und Ziel der Kreises Warendorf ist es, alle Beteiligten, wie die Städte und Gemeinden und den Landesbetrieb Wald & Holz an einen Tisch zu holen. Es soll ein Kataster erstellt werden, aus dem ersichtlich ist, ob und in welcher Form Flächen für die Nutzung als Wald in Frage kommen.

Des Weiteren können bereits bestehende Pflanzaktionen ausgeweitet werden. Hierfür wird bereits jetzt Pflanzgut vom Kreis zur Verfügung gestellt. Schulen und Kindergärten können sich ebenfalls daran beteiligen.

Herr Ommen bedankt sich bei Frau Puppe für ihre Ausführungen.

Herr Kreft begrüßt den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Lepper erkundigt sich, ob eine Waldmehrung einer Wildblumenwiese vorzuziehen wäre.

Frau Puppe erklärt, dass dies immer standortabhängig sei und im Einzelfall geprüft werden müsse.

Frau Mindermann bedankt sich und regt an, dass der Kreis Warendorf initiativ werden muss.

Herr Gutsche, CDU-Fraktion, schließt sich dem an und stellt dar, dass der Kreis dieses Thema immer aktiv bearbeitet hat. Er weist darauf hin, dass eine pauschale Waldmehrung nicht sinnvoll ist. Er schlägt vor, dass Restflächen verbunden werden sollen und dass nicht in die Eigentumsrechte der Eigentümer eingegriffen werden soll. Außerdem begrüßt er die Einführung eines Katasters und möchte die Aktivität der Bürger bei diesen Themen stärken. Jeder soll bei sich anfangen, da es sich nicht um eine alleinige Aufgabe des Kreises handelt.

Frau Grap stellt heraus, dass jeder Baum zählt und dass eine naturnahe Wiederaufforstung von Flächen wirtschaftliche Vorteile für den Eigentümer haben kann. Die Walderneuerung soll an die Klimaverhältnisse angepasst werden. Sie ist der Ansicht, dass mehr Bäume gepflanzt werden müssen, um die Fällungen auszugleichen.

Daraufhin erklärt Herr Gutsche, dass Waldbesitzer mit dem Erhalt der heimischen Arten Probleme haben und so müssten zukünftig auch andere Baumarten zugelassen werden. Dieses ist auf FFH-Flächen derzeit oft nicht möglich.

Herr Poppenberg weist auf die Flächen hin, die dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen sind. Solche Flächen sollten für eine Wiederaufforstung genutzt werden.

Herr Ommen stellt fest, dass der Handlungsvorschlag der Verwaltung von allen begrüßt wird.

Abstimmungsergebnis:

Der vorgestellte Bericht der Verwaltung und die darin enthaltenen Vorschläge werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

4.	Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen	122/2020
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass das neue Verpackungsgesetz, welches die Verpackungsverordnung ersetzt, am 01.01.2019 in Kraft getreten ist. Aus dem Grund muss die Anpassung der Abstimmungsvereinbarung erfolgen. Er erläutert die wesentlichen Inhalte und weist auf die beigefügte Orientierungshilfe hin.

Herr Schmedding hält die kontrollierte Verwertung für wichtig und lobt den Kreis, dass dieser der AWG die Aufgaben übertragen hat. Außerdem hebt er die Wichtigkeit der Einführung der Wertstofftonne hervor.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt Herr Ommen die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird ermächtigt, mit den Städten und Gemeinden und der AWG Kommunal zur Regelung der Verpackungsentsorgung eine entsprechend konkretisierende Abstimmungsvereinbarung auf der Grundlage der beigefügten Orientierungshilfe mit dem gemeinsamen Vertreter der Systeme abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5.	Sachstandsbericht zur Optimierung der vorhandenen Service-/Beschwerdestelle
-----------	--

073/2020

Herr Ommen begrüßt Frau Henke vom ZVM - Fachbereich Bus.

Frau Henke berichtet anhand der Power Point Präsentation über den aktuellen Stand zur Optimierung der vorhandenen Beschwerdestelle.

Sie weist darauf hin, dass Kundenwünsche sehr wichtig und ernst zu nehmen sind. Sie berichtet über die BuBiM-App (Bus und Bahn im Münsterland). Außerdem stellt sie heraus, wie wichtig eine schnelle Rückmeldung an den Kunden ist. In Zusammenarbeit mit der „Schlaun Nummer“ ist eine „Rund um die Uhr“-Besetzung möglich. Bei vielen Beschwerden wird das Verkehrsunternehmen einbezogen, so dass eine konkrete Rückmeldung manchmal etwas länger auf sich warten lässt.

Die Anfragen und Beschwerden sollen in ein Beschwerdemanagementsystem eingegeben werden. Über den Button „Etwas melden“ in der BuBiM-App können die Kunden ihre Beschwerden oder Anregungen melden. Hier muss dann die Eingabe der konkreten Fahrt erfolgen. Die Qualitätskontrolle soll durch den Kunden erfolgen und diese sollten bei berechtigten Beschwerden möglichst eine Wiedergutmachung erhalten.

Herr Kreft weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion im Jahr 2019 den Antrag auf ein einheitliches Beschwerdemanagement im ÖPNV gestellt hat. Er bedauert, dass man in der BuBiM-App erst über Umwege (3. Ebene) auf die Beschwerdeseite gelangt. Herr Kreft erkundigt sich, wann diese Beschwerdeseite auf die 1. Ebene der App gezogen wird.

Frau Henke betont, dass das Beschwerdeformular auf eine andere Ebene gezogen werden soll. Auf der BuBiM-Internetseite wird bereits an der Programmierung gearbeitet. Bei der App wird es noch ein wenig länger dauern. Sie geht von einem Zeitraum von sechs Monaten aus.

Daraufhin entgegnet Herr Kreft, dass er die App für wichtiger hält, da die Beschwerde so schon während der Fahrt angebracht werden kann.

Frau Henke wird dieses an die Entwickler und Programmierer weitergeben.

Herr Schmedding betont, dass es wichtig ist, die Beschwerden ernst zu nehmen. Die Bearbeitung der Beschwerden durch die Verkehrsunternehmen sollte möglichst schnell erfolgen. Es ist sehr wichtig, dass die Kunden ein Feedback erhalten.

Frau Henke schlägt vor, bereits im wettbewerblichen Verfahren darauf hinzuweisen und die Verkehrsunternehmen zu einer schnellen Rückmeldung zu verpflichten.

Frau Maschelski, Sachkundige Bürgerin der SPD-Fraktion, sieht das Ganze bereits als Fortschritt und erkundigt sich nach der durchschnittlichen Bearbeitungszeit.

Herr Terwey und Frau Henke erklären, dass diese schwer zu benennen ist, da sich die Durchgriffsmöglichkeiten beim öffentlichen Dienstleistungsauftrag anders darstellen als bei den eigenwirtschaftlichen Verkehrsunternehmen.

Frau Maschelski erklärt, dass Sie die Wiedergutmachung für sehr wichtig hält.

Herr Ommen bedankt sich bei Frau Henke und stellt heraus, dass die BuBiM-App als Beschwerdestelle gut funktionieren sollte, damit die Fahrgäste eine schnelle Rückmeldung erhalten. Er regt an, die entsprechenden Gespräche mit den Entwicklern zu führen und hofft auf ein schnelles Ergebnis.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. Anpassung Linienbündel

071/2020

Herr Terwey erklärt, dass aufgrund aktueller Entwicklungen zwei Änderungen im Bündel WAF 7 und WAF 9 erforderlich sind.

Herr Südmersen, ZVM – Fachbereich Bus, erläutert die konkreten erforderlichen Anpassungen.

Beschlussvorschlag:

Der aktualisierten Linienbündelung als Teil des Nahverkehrsplanes Kreis Warendorf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

7.	Vergabe Linienbündel WAF 2, 3, 5 und 7 – Delegationsvereinbarungen	070/2020
-----------	---	-----------------

Herr Terwey verweist auf die Vorlage und erklärt, dass für die Vergabe einzelner Linien, die in benachbarte Städte bzw. Kreise führen, entsprechende Vereinbarungen abzuschließen sind, damit eine rechtssichere Vergabe der Verkehrsleistungen gewährleistet ist.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlagen mit den benachbarten Aufgabenträgern über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
 - 1.1 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Münster
 - 1.2 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Hamm
 - 1.3 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Kreis Coesfeld
 - 1.4 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Landkreis Osnabrück
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlagen nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

8.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2022	072/2020
-----------	---	-----------------

Herr Terwey verweist auf die Vorlage und erklärt, dass für die Vergabeverfahren für die Linienbündel 2, 3, 5 und 7 eine Vorabbekanntmachung bis zum Sommer 2020 erforderlich ist. Anschließend erfolgt das eigentliche Vergabeverfahren. Bis Ende 2021 muss das Verfahren abgeschlossen sein.

Er erklärt weiterhin, dass noch keine Liniensteckbriefe für das Linienbündel 7 vorliegen, da erst am Folgetag das Leistungsangebot von der Gemeinde Ostbevern beschlossen wird. Siehe hierzu auch die Erläuterungen in der Vorlage.

Ebenso erläutert Herr Terwey, dass die Stadt Ahlen ein eigenes Mobilitätskonzept erarbeitet und für das Bündel WAF 2 noch einige Wünsche hat. Es besteht seitens der Stadt Ahlen der Wunsch, dass die Vergabe für dieses Bündel nur für zwei Jahre erfolgen soll, damit danach die Neuerungen eingearbeitet werden können. Dem Wunsch soll entsprochen werden.

Herr Ommen betont die Wichtigkeit der guten Zusammenarbeit mit den Kommunen und erkundigt sich, ob alternativ eine Verlängerung um zwei Jahre möglich wäre.

Herr Terwey erklärt, dass vier Bündel parallel vergeben werden und die zeitliche Obergrenze der Vergaben 10 Jahre beträgt. In zwei Jahren werden noch andere Bündel neu ausgeschrieben, so dass dann auch das Bündel WAF 2 wieder für einen längeren Zeitraum ausgeschrieben werden kann.

Eine Verlängerung oder Ausschreibung aller neun Bündel auf eine gemeinsame Laufzeit ist kaum möglich, da die Verfahren sehr aufwendig sind und nicht alle parallel betrieben werden können. Herr Terwey ergänzt, dass im Rahmen der Vergabe der Linienbündel auch vier Maßnahmen aus dem Nahverkehrsplan umgesetzt werden sollen, die dort beschrieben sind und mit dem Nahverkehrsplan beschlossen wurden. Die Kosten werden im Zuge des weiteren Vergabeverfahrens ermittelt und in den HH 2022 eingestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Dem dargestellten Leistungsangebot sowie den erforderlichen Anpassungen des Nahverkehrsplans wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ZVM Bus das wettbewerbliche Verfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0

9.	3. Änderungssatzung zur Satzung „Allgemeine Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW“	077/2020
----	--	-----------------

Herr Ommen erklärt, dass sich die Finanzierung der Ausbildungsverkehre nach § 11 a ÖPNVG regelt. Er hält es für wichtig, dass die Ausbildungsverkehrspauschale nur über öffentliche Dienstleistungsaufträge zur Verfügung gestellt wird.

Herr Terwey ergänzt, dass es durch ein Klageverfahren zu einer Rückforderung der geleisteten Ausbildungsverkehrspauschale kommen kann. Als Ursache nennt er eine unklare Formulierung in der Satzung. Über die Rückforderung an sich wird nun im gerichtlichen Verfahren entschieden.

Um die Satzung nunmehr rechtssicher zu gestalten, ist die vorliegende 3. Änderungssatzung erforderlich.

Frau Grap erkundigt sich nach der Höhe der möglichen Rückforderung.

Hierzu erklärt Herr Terwey, dass diese derzeit noch nicht abgeschätzt werden kann, da die Endabrechnungen mit den Verkehrsunternehmen oft erst drei Jahre später erfolgen können.

Herr Ommen schlägt vor, der Änderungssatzung in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 3. Änderungssatzung zur allgemeinen Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW (Anlage) und beauftragt den Landrat, diese Änderung im Amtsblatt bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

10. Antrag auf Förderung des MobiTickets 2021

076/2020

Herr Terwey erläutert, dass der Förderantrag für das MobiTicket bis zum September 2020 für das Jahr 2021 gestellt werden muss. Es ist mit einer Förderung durch das Land in Höhe von ca. 410.000 € für das Jahr 2021 zu rechnen. Der Aufwand für das MobiTicket wird voraussichtlich 503.000 € betragen. Der Aufwand wurde auf Basis der Ticketverkäufe der ersten vier Monate des Jahres 2020 berechnet.

Der Fehlbetrag in Höhe von 93.000 € soll durch Mehreinnahmen durch Ticketverkäufe der RVM gedeckt werden.

Herr Schmedding erklärt, dass die CDU-Fraktion auch weiterhin zu ihrem Wort steht und dem Antrag auf das MobiTicket zustimmt, da die Politik so etwas für den Kunden tun kann.

Herr Kreft schließt sich dem für die SPD-Fraktion an.

Beschlussvorschlag:

Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2021 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 14 Nein 2 Enthaltung 0

11. Satzungsänderung ZVM

074/2020

Frau Grap hat den Eindruck, dass die kommunalpolitischen Vertreter nur wenig Einfluss haben.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass die Einflussmöglichkeit der Politik auf den ZVM und NWL durch die Verbandsversammlung besteht.

Herr Ommen hält es für wichtig, dass nicht gegen das Münsterland entschieden wird.

Beschlussvorschlag:

Der Satzungsänderung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

12. Sachstandsbericht zum 365 €-Ticket

067/2020

Herr Terwey erklärt, dass die Einführung eines 365-Euro-Tickets im November 2019 andiskutiert wurde. Um die Bedeutung dieses Tickets und die finanziellen Auswirkungen herauszuarbeiten, wurde die Vergabe eines Gutachtens vom ZVM und der Tarifgemeinschaft beschlossen.

Das Aufgabenspektrum dessen, was untersucht werden soll, liegt vor. Es müssen die unterschiedlichen Möglichkeiten und Auswirkungen betrachtet werden. Hier stellt sich die Frage, ob für die Einführung des Tickets der Gesamttarifbereich MSL/Ruhr-Lippe, jeder Bereich einzeln oder nur der einzelne Kreis betrachtet werden soll. Des Weiteren müssen einzelne Ticket-Varianten (Vollzeit-, 8-Uhr und 9-Uhr Ticket) betrachtet werden.

Außerdem müssen die Auswirkungen auf Tarife und konkurrierenden Ticket-Varianten dargestellt und bewertet werden.

Herr Terwey ergänzt weiter, dass coronabedingt noch keine Ergebnisse vorgestellt werden können. Auf der Arbeitsebene gibt es bereits erste Ergebnisse, die aber noch geprüft werden müssen.

Die Verkehrsunternehmen erwarten für die Einführung eines 365-Euro-Tickets eine Ausgleichszahlung. Um Vertragsverletzungen im wettbewerblichen Verfahren zu vermeiden, ist für diese Art der „Beihilfe“ eine Notifizierung durch die EU erforderlich.

Herr Kreft betont noch einmal die Notwendigkeit der Einführung des 365-Euro-Tickets.

Herr Ommen bedankt sich bei Herrn Terwey für die Ausführungen.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

13. Wasserschutzgebietsverordnung Ostbevern

112/2020

Herr Hackelbusch erläutert, dass es im Kreis Warendorf insgesamt sieben Wasserschutzgebiete gibt. Zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung ist eine Neuausweisung des Wasserschutzgebietes Ostbevern erforderlich. Vorab wurde das behördliche Verfahren mit öffentlicher Bekanntmachung, Auslegung der Planunterlagen und Offenlegung durchgeführt. Alle Flächeneigentümer wurden informiert. Im gesamten Verfahren waren die Stadtwerke beteiligt. Der Erörterungstermin im März konnte coronabedingt nicht stattfinden. Daher hat man die relevanten Einwendungen mit den jeweiligen Parteien telefonisch erörtert. Ebenso wurde mit dem WLW gesprochen. Unstimmigkeiten konnten in diesen Gesprächen geklärt werden.

Frau Grap erkundigt sich nach den Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.

Herr Hackelbusch erklärt, dass Verstöße nach dem Katalog der Ordnungswidrigkeiten der Wasserschutzgebietsverordnung entsprechend verfolgt werden.

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 35 Landeswassergesetz NRW i.V.m. § 27 Ordnungsbehördengesetz in ihrer derzeit gültigen Fassung stimmt der Kreistag der Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Ostbevern wie in der Anlage 3 zur Vorlage dargestellt zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

14.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Harmonisierung der Ticket-Preise für Schüler*innen	118/2020
------------	--	-----------------

Herr Kreft erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und wünscht sich die Einführung eines einheitlichen Tickets für alle Schüler*innen zum neuen Schuljahr.

Herr Schmedding merkt an, dass es bei der Einführung eines solchen Tickets auf die Kosten ankommt.

Daraufhin erklärt Herr Kreft, dass es eine Gleichbehandlung geben muss.

Frau Grap sagt die Unterstützung des Antrages durch die Fraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ zu. Sollte die Verwaltung einen eigenen Vorschlag dazu haben, würde dieser unterstützt.

Dr. Bleicher führt aus, dass die Stadt Ibbenbüren derzeit ein Modell-Projekt in dieser Richtung durchführt. Dieses wurde auch schon in der Tarifgemeinschaft thematisiert. Er schlägt vor, jemanden von der Tarifgemeinschaft zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen und darüber berichten zu lassen.

Herr Kreft erklärt, dass es sich bei dem Antrag der SPD um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt.

Herr Ommen stellt den Antrag, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Dem Prüfauftrag an die Verwaltung wird mehrheitlich zugestimmt.

Ja 14 Nein 1 Enthaltung 0

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt werden die folgenden Anfragen der Kreistagsfraktion „Bündnis 90 / Die Grünen“ behandelt:

1. Anfrage zu den neuen Regelungen der StVO (s. Anlage)

Frau Brennecke, Leiterin des Sachgebiets Straßenverkehr des Amtes für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, beantwortet die Fragen.

Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf Nachfrage von Frau Mindermann, welche Maßnahmen bereits durch die Verwaltung veranlasst wurden, erklärt Herr Dr. Bleicher, dass die neuen Regelungen erst zum 28.04.2020 in Kraft getreten sind und die entsprechenden Verwaltungsvorschriften nicht vorliegen.

Herr Ommen bedankt sich bei Frau Brennecke für die Beantwortung der Anfrage.

2. Anfrage zu Corona-Infektionen in Schlachtbetrieben im Kreis Warendorf (s. Anlage)

Frau Klausmeier, Sozial- und Gesundheitsdezernentin, beantwortet die Fragen.

Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Ommen bedankt sich bei Frau Klausmeier für die Ausführungen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Ommen um 12.15 Uhr die Sitzung.

gez.

Detlef Ommen
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer